

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesa,
Ferienstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1380.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 102.

Montag, 4. Mai 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorräumlich, durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtzählige Unterdrückungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei: der Verleger oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Schuldenfrage und Reparation.

Von unserem Berliner Vertreter.
Die maßgebende Verantwortlichkeit gab dieser Tage der Ansicht Ausdruck, man werde überrascht sein, daß die Reparationskommission einleiten, allein man habe erkannt, daß jetzt ein außerordentlich unglücklicher Zeitpunkt zu einer solchen Aktion sei. Sie dürfe nur dann beginnen, wenn große Wahrscheinlichkeit vorliege, das Problem so zur Entscheidung zu bringen, daß auch wirklich ein abschließendes Ergebnis für Deutschland herausbringe. Deshalb im Augenblick geringe Aussichten vorliegen, ist von maßgebender Stelle nicht zu hören, doch wird man darauf schließen müssen, daß die diplomatischen Informationen von einem Vorstoß abratet. Vielleicht gibt die neue Weimarer Meldung den richtigen Schlüssel. Sie sagt, Präsident Hoover habe wieder einmal und zwar nachdrücklich erklärt, in der Kriegsschuldenfrage sei sein alter Standpunkt bezüglich einer Senkung der interalliierten Verpflichtungen unverändert. Das heißt, er denkt nicht daran, die offizielle Frage einer Schuldensenkung zur Unterbrechung zu stellen. Nun hat man sich von den nächsten Verhandlungen der Internationalen Handelskammer in Washington viel versprochen, glaubt, der Standpunkt der großen Handelsmänner werde nicht ohne Einfluß auf die große Politik sein. Er geht dahin, daß Amerika es vermeiden möchte, weiter unrentables Gold anzusetzen und Restriktionen ohne Leistung zu bleiben. Auch die amerikanische Presse hat sich gegen den Goldauflauf in Amerika gewehrt und eine Attacke gegen die Anhäufung von Milliarden Gold gerichtet. Doch hat das die offizielle Politik, wie man sieht, nicht beeinflusst. Es bleibt aber eine Tatsache, daß die alliierten Länder die Reparationsrevision ganz von der amerikanischen Haltung abhängig machen. Selbst Frankreich hat bereits erklärt, es sei bereit, die deutschen Zahlungen zu lenken, wenn Amerika dementsprechend die Schuldforderung kürze. Es wird behauptet, Hoover habe sich einmal festgelegt und wage nicht, die erste Erklärung zu desavouieren. Man wird sich daran zu erinnern haben, daß beim Abschluß des Young-Abkommens deutlich genug von amerikanischer Seite in Aussicht gestellt wurde, es werde, sobald sich der neue Reparationsvertrag eingestellt habe, wohl dazu kommen, im Interesse Deutschlands eine Schuldensenkung vorzunehmen und damit die deutschen Lasten zu ermäßigen. Nach dem heutigen Stande hat die Hoffnung auf die amerikanische Hilfe für uns fast das gleiche Aussehen, wie die Wilsonschen 14 Punkte.

Nun kann freilich Deutschland das Reparationsproblem nicht ruhen lassen, bis es etwa Amerika genehm ist, auf einen Teil der alliierten Zahlungen zu verzichten. Auch der Finanzminister hat erst dieser Tage in einer Rede unterstrichen, zu einer Sanierung der deutschen Finanzen und Verhältnisse gehöre die Reparationsrevision. Er hat sich freilich so vorsichtig ausgedrückt, daß man aus seinen Äußerungen nicht zu schließen vermag, in welchem Teile der deutschen Sanierungsarbeit gegen die Reparationen zu arbeiten begonnen wird. Da nun einmal Amerika seinen Stoß geben will, obwohl die Wirtschaftsführer und Finanzarabden der Welt den Widerstand der unproduktiven Einnahmen genug bekämpft haben, bleibt nur der deutsche Appell an die Einsicht der Reparationsmächte, und mit diesem Appell allein wird es nicht bewenden bleiben, sondern der deutsche Nachweis der vermögenden Zahlungen muß lo begründet werden, daß die Vermögen der Reparationsmächte zu der Einsicht führt, im eigenen, nicht nur im Interesse Deutschlands an die Revision des Young-Planes zu gehen. Daß in Deutschland niemand die Reparationen verteidigt, ist bekannt, daß aber auch in den Reparationsländern bereits genug maßgebende Stimmen laut wurden, die die Revision der Reparationen auch ohne amerikanische Hilfe empfehlen, muß besonders vermerkt werden.

Die Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe.

Vorläufiges Gesamtergebnis.
* B ä c k e r u g. Das vorläufige Gesamtergebnis der Landtagswahlen im Schaumburg-Lippeschen Land weist nach privaten Quellen folgende Zahlen auf (Das amtliche Ergebnis liegt noch nicht vor):

	Landtagswahlen 1928	Reichst. 1930
Sozialdemokraten	12 989	12 266
Deutschnationale	2 942	4 141 (u. Landb.)
DNVP	1 607	2 134
Staatspartei	1 462	1 971 (Demokraten)
Kommunisten	1 854	928
Landvolk	390	—
Nationalsozialisten	7 849	—

Die Mandatsverteilung.

B ä c k e r u g. Die Mandate im Schaumburg-Lippeschen Landtag werden sich voraussichtlich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien verteilen: DNVP: 7 (8), Deutschnationale Volkspartei: 1 (mit Landvolk 3), SPD: 1 (1), Deutsche Staatspartei: 1 (1), Kommu-

Der Reichsbankpräsident gegen die heutigen Zustände.

1) Luxemburg. Auf dem Internationalen Notariertreffen in Luxemburg ergriff Reichsbankpräsident Dr. Luitper das Wort zu längeren Ausführungen über die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und kulturellen Probleme der Gegenwart.

Die Langer des Kapitalismus, erklärte der Reichsbankpräsident hierbei u. a., suchten die Zukunft in der reinen Planwirtschaft. Aber selbst wenn das russische Experiment teilweise gelingen sollte, sei damit nichts für die hochentwickelten und hochindustriellsten Länder bewiesen. Der Kapitalismus sei sicher nicht am Ende seiner schöpferischen Kraft. Es bestehe ein Wettlauf zwischen dem Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit auf der einen Seite und auf der anderen Seite dem Verlangen nach einer Bedarfssteigerung, die ihrerseits erhöhte Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten und Anwachsen der Produktion bedeuten würde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit als Ergebnis einer sozialen Forderung, ohne daß diese Verkürzung durch die Wirtschaftsentwicklung genügend vorbereitet war, würde, für Länder mit geringem Kapital die Gefahr in sich bergen, daß die Vermehrung der Bedürfnisse und die Produktionssteigerung nicht mehr in Einklang kämen.

Keinesfalls sei aus der tatsächlichen Arbeitsverkürzung der Gegenwart, aus dem Arbeitsmangel, durch das Fehlen von Anreizen und die Not der Wirtschaft der Lohn bezichtigt; daß eine programmatische Verkürzung der Arbeitszeit schon jetzt der Entwicklung von Technik und Wirtschaft einträglich wäre. Nicht nur zwischen Einzelmenschen, sondern auch im Zusammenleben der Völker und Staaten bestehe der Grundtat, daß die gegenwärtige Hilfe dem Einzelmenschen, die Beachtung des Gemeinwohls der Welt jedem Volk nur Nutzen bringen könne.

In Ausführung dieses Gedankens kam Dr. Luitper auf das

Reparationsproblem

zu sprechen. Daß die Reparation, erklärte er, politische Zahlungen seien, das Funktionieren der Geld- und Wirtschaftsdynamik fördern, diese Ueberzeugung erwinne immer mehr an Boden. Aber nur allzuoft suche man dieser Folgerung auszuweichen.

Dr. Luitper wies in diesem Zusammenhang auf die Fehlerhaftigkeit der Berechnung der Steuerlast nach der Kopfquote hin. Es liege nahe, für eine verlässliche Betrachtung mit Deutschland zum Beispiel Großbritannien heranzuziehen, weil beide Länder gewisse äußere Ähnlichkeiten aufwiesen. Eine vergleichende Zusammenstellung ergabe aber mit Deutlichkeit, daß die Ausbringung der Reparationsleistungen besonders deshalb für das deutsche Volk so schwer sei, weil in Deutschland die Schicht der großen Einkommen und großen Vermögen erheblich dünner sei als in Großbritannien und zum Beispiel auch in Amerika. Großbritannien und Amerika seien bei einer breiten Schicht mittlerer und hoher Einkommen in der Lage, die unteren Einkommensschichten völlig von der Einkommensteuer freizu-

lassen. Deutschland hingegen könne auf Besteuerung dieser Schichten nicht verzichten.

Um die dem deutschen Volke durch die Reparationen erwachsende Belastung zureichend zu bewältigen, müsse man sich vergegenwärtigen, in welchem Umfang das deutsche Volkvermögen vernichtet worden ist und welchen hohen Anteil insolge dessen die Reparationsleistungen von der Gesamtkraft der Nation beanspruchen. Die Leistungen Deutschlands an die Siegerländer und die sonstigen Kapitalverrichtungen würden — ohne Gebietsverluste — schon jetzt um mehr als die Hälfte des deutschen Volkvermögens beschnitten.

In dem Sinken des Anteils des Volkseinkommens aus Kapitalvermögen an gesamten Volkseinkommen, im Rückgang der Zahl der Millionäre und im Vergleich der Ergebnisse der Erbschaftsteuer in Deutschland und in Großbritannien drücke sich der Unterschied eines verarmten Volkes, wie des deutschen, von anderen Völkern aus, die große Kapitalreserven haben, mit deren Hilfe sie die Zeit der Not überleben können.

So gesehen, gewinnen auch die zwei Milliarden Reparationsleistungen Deutschlands ein anderes Gesicht. Zunächst dürfte man nicht vergessen, daß ein großer Teil der Gesamtbelastung Deutschlands für öffentliche und soziale Zwecke — 1929 z. B. 25 Milliarden — nicht ein Ergebnis deutscher Verschwendungslust, sondern deutscher Armut sei. Ein entscheidender Unterschied zwischen den sonstigen deutschen öffentlichen Ausgaben und den Reparationen liege auch in der Tatsache, daß die Reparationszahlungen transferiert werden müssen, also an andere Volkswirtschaften ohne Gegenleistung zu bewirken sind.

Deutschland habe gewiß einige Jahre hindurch mehr Geld für öffentliche Zwecke ausgeben, als notwendig war. Die große Umkehr habe aber längst begonnen. Der Druck der Armut habe sich mit voller Schärfe erneut auf das deutsche Volk gelegt. Es seien erhebliche, für die Bevölkerung sehr schwerwiegende Eingriffe gechehen, um Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen.

Das große Hindernis, schloß Dr. Luitper seine Rede, die Entwicklung des menschlichen Geistes nach den Grundrissen, wie Notariats he vertritt, zu fördern, sei das Jahrtausende alte Mißtrauen der Menschen gegeneinander. Was seien unter der Lupe, Aufbau einer neuen Welt nach dem Kriege für Rückschritte gemacht worden. Statt 13 verlebte neuer Währungen vor dem Kriege habe es in Europa jetzt deren 27. Die Völkergrenzen haben sich von 5000 Kilometer auf mehr als 20 000 Kilometer erhöht. Man solle nur die Zustände im deutschen Osten studieren, was dort durch Abschneidung Ostpreußens und durch die Grenzschlebung in Ostpreußen an wirtschaftlichen Werten vernichtet oder verarmert worden sei.

Die heutigen Zustände Europas seien keine Wege zu neuem Leben. So könne Europa schließlich nur müde zusammenfallen.

Volkspartei für Rüstungsgleichheit

Stuttgart, 4. Mai.

Anlässlich ihres Landesparteitages veranstaltete die Deutsche Volkspartei eine große öffentliche Kundgebung, in der als Hauptredner Generaloberst a. D. von Se e t über das Abrüstungsproblem sprach. Unter dem stärksten Beifall der Versammlung erklärte der Redner, daß auf der kommenden Abrüstungskonferenz Deutschland zwei Forderungen erheben müsse, entweder die Abrüstung der anderen auf den Grad, der Deutschland aufgezwungen sei, oder die Wiedererlangung der Freiheit, ebenso wie die anderen zu einem unter jener Größe, unserer geographischen Lage und den besonderen Umständen Deutschlands entsprechenden Rüstungsstand zu kommen, der unsere Sicherheit verbürge. Da die erste Forderung sich kaum verwirklichen lasse, bleibe nur die zweite übrig, zu deren Erreichung jeder seine ganze Schuldigkeit tun müsse. Deutschland habe das Recht zu leben und sich zu wehren. Die heutige Wirtschaftsnot verbiete Deutschland jemals eine große Armee aufzubauen, aber das hindere nicht, daß wir das Recht auf unsere freie Entschliebung zurückerwerben. Zu der künftigen Ausgestaltung der deutschen Wehrmacht erklärte der Redner, daß Deutschland zur Aufstellung eines kleineren stehenden Heeres von länger dienenden Berufssoldaten und zur Ausbildung des ganzen Volkes auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht zu einem Milizheer kommen müsse.

Anschließend sprach der Reichsparteiführer Dr. D i n g e l d e y über die Erneuerung des Reiches. Er betonte, daß wir infolge dringender Gefahr vor neuen schweren Maßnahmen stehen. Die jüngste Aussprache mit dem Reichsanwalt Dr. Brüning habe ergeben, daß dieser fest entschlossen sei, die Ausgaben der öffentlichen Hand in Reich, Ländern und Gemeinden weiter herabzudrücken. Die Sanierung im Innern erfolge nicht, um die Tribute zahlen zu können, sondern um im Kampfe gegen die Tribute festhalten zu können.

Die Notlage des sächsischen Handwerks

Eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums

Dresden, 4. Mai.

Das Wirtschaftsministerium veröffentlicht im Ministerialblatt für die Sächsische Innere Verwaltung folgende Verordnung:

Im Hinblick auf die schwere Notlage des Handwerks wird den Gemeinden dringend empfohlen, bei der Vergabe von Aufträgen die Reichsverbandsordnung anzuwenden und nicht grundsätzlich dem billigsten Anbieter den Zuschlag zu erteilen, denn dieser wird entweder durch minderwertige Arbeit die Gemeinden selbst schädigen oder durch die Arbeit zu einem nicht einmal seine Selbstkosten deckenden Preis in den Konkurs getrieben, wodurch die Arbeitslosigkeit vermehrt und das Steueraufkommen in der Gemeinde vermindert würde.

Durch die Einrichtung gemeindeeigener Werkstätten für Erwerbslose wird die Arbeitslosigkeit nicht vermindert, sondern nur verschoben, denn die in diesen Werkstätten ausgeführten Arbeiten werden dem freien Gewerbe entzogen, so daß dieses Arbeitnehmer entlassen muß oder gar selbständige Handwerker Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch nehmen müssen. Es wird daher den Gemeinden weiter empfohlen, auf die Einrichtung solcher Betriebe Abstand zu nehmen. — Auf die Verordnung über Schwarzarbeit vom 3. Oktober 1930 wird erneut hingewiesen.

Wenn ich dich einm wiederhole, tief ist, und besser geht... Sein Glück wurde bemitleid. Die Frau über eine Ge...